

## Nachrichten

## Asylgesetz: Gegner kritisieren Bundesbüchlein als irreführend

### Laut Staatsrechtler Markus Schefer informiert der Bundesrat nicht offen und ehrlich

Von Joël Widmer

**BERN** - Das bürgerliche Komitee gegen das Asylgesetz übt Kritik am Abstimmungsbüchlein. Die Erläuterungen des Bundesrates seien «in zentralen Punkten irreführend», schreiben vier bürgerliche Nationalräte in einem Brief an den Bundesrat. Das Abstimmungsbüchlein sei nicht sachgerecht und verfälsche die Willenskundgabe der Bürger. Die unterzeichnenden Nationalräte Dick Marty (FDP), Claude Ruey (Liberale), Chia ra Simoneschi (CVP) und Rosmarie Zapfl (CVP) verlangen eine öffentliche Stellungnahme und Präzisierung der Landesregierung. Gegen die Erläuterungen im Bundesbüchlein kann keine Beschwerde geführt werden.

Der Basler Staatsrechtsprofessor Markus Schefer beurteilt das Abstimmungsbüchlein ebenfalls kritisch: «Die Erläuterungen verletzen das Stimmrecht der Bürgerinnen und Bürger wohl nicht. Aber der Bundesrat argumentiert nicht so offen und ehrlich, wie es angebracht wäre.» In verschiedenen Passagen zeige sich «eine Hemmung, wirklich zum Gesetz zu stehen».

Die vier Nationalräte kritisieren mehrere Passagen des Abschnitts «Die Vorlage im Detail» (siehe Kasten). Die Darstellung des Gesetzesartikels zum Nichteintreten bei fehlenden Identitätsausweisen beispielsweise sei verharmlosend. Der Bundesrat benutzt im Büchlein für eine der Ausnahmen, die dennoch ein Eintreten auf das Asylgesuch erlauben, die Formulierung «wenn Hinweise auf Verfolgung vorliegen». Diese wurde aber aus dem heute gültigen Gesetz gestrichen. «Wenn man das revidierte Gesetz zu Rate zieht, kommt man zum Schluss, dass der Bundesrat im Abstimmungsbüchlein lügt», sagt Claude Ruey. Diese Behauptungen könnten gemäss Ruey nur durch einen liberalen Vollzug eingelöst werden.

Laut Staatsrechtler Schefer will der Bundesrat mit dieser Formulierung das Gesetz abdämpfen. Dies sei nicht in Ordnung. «In einem solch heiklen Punkt dürfte man vom Bundesrat mehr Präzision erwarten.»

Auch die SP kritisiert das Abstimmungsbüchlein. Für SP-Präsident Hans-Jürg Fehr ist die Darstellung des Bundesrates «ein krasser Verstoss gegen das hehre Prinzip, nur zu informieren».

### Der Bundesrat will die Vorwürfe noch nicht kommentieren

Bundesratssprecher Oswald Sigg will die Vorwürfe «im Moment nicht kommentieren». Auf den Brief der vier Nationalräte werde der Bundesrat in den nächsten zwei bis drei Wochen antworten.

Auch Bundesrat Blocher will keine Stellung nehmen. «Da es die Erläuterungen des Gesamtbundesrates sind, ist es nicht am zuständigen Departementsvorsteher, den Text zu ergänzen oder zu kommentieren», sagt Blochers Sprecher Livio Zanolari.